



## KOMMENTAR

### PRESSEFREIHEIT IN DEUTSCHLAND – NUR ZUFRIEDENSTELLEND

Die Lage der Pressefreiheit in Deutschland hat sich im vergangenen Jahr verschlechtert: Nur noch mit „zufriedenstellend“ bewertet die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ Deutschland, statt auf Platz 11 findet sich das Land auf Platz 13 in der gerade veröffentlichten Rangliste der Pressefreiheit weltweit. Der Grund für diese Abstufung vor allem: Gewalttätige Übergriffe auf Journalistinnen und Journalisten – 65 Fälle sind für 2020 festgehalten, vor allem im Umfeld von Demonstrationen gegen die Corona-Schutz-Maßnahmen. Immerhin: Es ist Gewalt gegen Journalistinnen und Journalisten, die nicht wie beispielsweise in Frankreich oder Griechenland vom Staat ausgeht. Aber ehrlich betrachtet ist es auch Gewalt, die staatlicherseits nur unzureichend verhindert wird. Gewalt gegen Journalistinnen und Journalisten auf Demonstrationen ist ein Versagen der Polizei – und angesichts der ebenfalls im vergangenen Jahr immer neuen Fälle von rechtsoffenen bis rechtsextremen

Sympathien innerhalb der Polizei stellt sich die Frage, ob es nicht ein Versagen mit Ansage ist.

Immerhin: Die Lage in Deutschland ist noch zufriedenstellend; kein Vergleich mit staatlichem Unrecht, wie es anderswo in der EU herrscht, allen voran in Polen und Ungarn. Aber auch hier in Deutschland wird die Pressefreiheit und der für sie zentrale Quellenschutz rechtlich untergraben durch immer neue Versuche der Ausweitung staatlicher Überwachungsbefugnisse. Und vielleicht hat Deutschland auch einfach nur Glück, dass seine einzige EU-Außengrenze die zur Schweiz ist. Dort, wo Geflüchtete zuerst Schutz suchen, in Spanien, in Griechenland, wird das EU-Grenzregime nicht nur gegen die Geflüchteten, sondern auch gegen die Berichterstattung über die Zustände dort in Stellung gebracht.

Hoffnung kann die Rangliste der Pressefreiheit für Deutschland nur sehr eingeschränkt machen – anderswo ist es deutlich schlimmer. Die genannten

Beispiele zeigen aber auch: „anderswo“, das heißt nicht nur in Nordkorea, China, Saudi-Arabien, Weißrussland, Kuba und Ägypten, sondern auch in vielen erschreckend schlecht platzierten EU-Mitgliedsstaaten. Das Freiheitsprojekt Europa droht immer repressiver zu werden, Rechtsstaatlichkeit ist unter Druck, die EU-Institutionen wirken hilflos dabei, das Abgleiten vor allem der östlichen und südöstlichen Mitgliedstaaten institutionell einzudämmen.

Das Bild ist überall ähnlich: Staatliche Überwachungs-, Kontroll- und Abschottungstendenzen gehen Hand in Hand mit autoritären, rechtsradikalen und populistischen Strömungen und Bewegungen. Davon geht die Gefahr nicht nur für die Pressefreiheit, sondern für die Freiheit und die Rechtsstaatlichkeit insgesamt aus – und diese echten Probleme sollten auch bei hiesigen Debatten um Meinungs- und Pressefreiheit im Mittelpunkt stehen.

*Felix Neumann*

**Alle früheren Kommentare finden Sie im GKP-Internetauftritt unter:  
[www.gkp.de/mitglieder/kommentare](http://www.gkp.de/mitglieder/kommentare)**